

Eine neue Ära in der Sicherheitspolitik?

Autor(en): **Besse, Frederik**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **97 (2022)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1005996>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine neue Ära der Sicherheitspolitik?

Der Krieg in der Ukraine hat den sicherheitspolitischen Diskurs in der Schweiz ins Wanken gebracht. Wird nun eine neue Ära der Sicherheitspolitik folgen?

Hptm Frederik Besse

Der Konflikt in der Ukraine eskalierte zu einem Krieg, der ganz gemäss dem Prinzip «Gefecht der verbundenen Waffen» begann. Ein Krieg, der in allen Dimensionen und vor allem auf europäischen Boden mit mechanisierten Truppen ausgefochten wird.

Allein schon diese Vorstellung war für SP und Grüne Sicherheitspolitiker ein rotes Tuch. Doch seit dem Kriegsausbruch scheint sich ein Riss in der linken Sicherheitspolitik bemerkbar zu machen.

Ganz neu ist dieser Riss natürlich nicht. Schon lange konnte man in der Exekutive – insbesondere bei den Sicherheitsdirektoren der Kantone – starke Kontraste zum linken Parteiprogramm feststellen.

Nationalrat Franziska Roth (SP SO), Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat, räumte gegenüber dem «Nebelspalter» ein: «Wir haben uns getäuscht, als wir behauptet haben, dass territoriale Angriffskriege kein realistisches Szenario seien.» Desweiteren kündigte NR Roth ebenfalls an, dass der Sicherheitspolitische Bericht angepasst werden müsse.



Wir werden die 438 Millionen Franken für die Schützenpanzer 2000 ablehnen. Für den Werterhalt einer so grossen Anzahl Schützenpanzer gibt es keine plausiblen Szenarien. Die Zeit von Panzerschlachten und Bewegungskriegen ist vorbei.

Schlecht gealtert: Ein Statement der SP vom 20.02.2020.

Doch nicht alle Parteikollegen und -kolleginnen teilen ihre Ansicht. Insbesondere die Initianten der «Stop-F-35» Volksinitiative halten weiterhin an ihren Standpunkten fest. Auch wenn diese mittlerweile sehr schlecht gealtert sind. So zum Beispiel das Anti-F-35-Statement «Kalter Krieg war gestern. In Zeiten der Virus- und Klimakrise Milliarden für Kampffjets einzusetzen ist absurd».

Die SP will weiterhin die «Stop F-35 Initiative» lancieren. «Die geplante milliardenschwere militärische Aufrüstung mit 36 F-35-Kampffjets bringt der Schweiz keine zusätzliche Sicherheit», teilte die Partei in einer Medienmitteilung mit.

Statement Allianz Sicherheit Schweiz

Wie reagieren die Unterstützer der bisherigen Sicherheitspolitik? Auf Anfrage des SCHWEIZER SOLDAT nimmt Ständerat Thierry Burkart, Präsident Allianz Sicherheit Schweiz, Stellung:

«Es ist Krieg in Europa. Die Zeit von konventionellen Kriegen auf unserem Kontinent ist offensichtlich nicht vorbei. Obwohl auch von linker Seite Stimmen zu hören sind, dass man sich getäuscht habe, wollen die Initianten um die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), SP und Grüne an ihrer Stop-F-35-Initiative festhalten.

Ihr Versprechen, die Initiative spätestens im März oder April 2022 einzureichen, damit noch vor Ablauf der Offertengültigkeit (März 2023) darüber abgestimmt werden könne, halten sie nicht ein.

Die Unterschriftensammlung wird herausgezögert, mit dem Ziel, den Bundesrat bei der Beschaffung hinzuhalten.



Bild: VBS

«Das Parlament tut daher gut daran, die ordentliche Beschaffung des F-35 ohne Rücksicht auf die ungehörige Verzögerungstaktik der Armeegegner zu prüfen».

Deutschland hat nun Interesse am F-35 bekundet. Mit der Bereitstellung von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr könnte ein Beschaffungsentscheid relativ rasch erfolgen. Finnland hat sich bereits für 64 Stück des US-Mehrzweckkampfflugzeugs entschieden.

Kanada könnte bald mit einer Bestellung folgen. Angesichts der weltweiten Aufrüstung und der damit drohenden Preissteigerung und zu erwartenden Produktionsengpässen wäre die nicht fristgerechte Unterzeichnung verheerend.

Der Kostenrahmen könnte massiv überschritten werden und aufgrund von Lieferverzögerungen droht eine Fähigkeitslücke unserer Luftwaffe per 2030.

Das Parlament tut daher gut daran, die ordentliche Beschaffung des F-35 ohne Rücksicht auf die ungehörige Verzögerungstaktik der Armeegegner zu prüfen. Denn die Schweizer Bevölkerung hat sich zur Flugzeugbeschaffung bereits positiv geäussert.

Ausblick

Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine werden die Sicherheitspolitik und den Diskurs darüber prägen. Die Frage ist nur noch: Wie stark und wie nachhaltig?

Egal wie man zum Thema F-35 steht: Es ist klar, dass eine eventuelle Volksinitiative so schnell wie möglich lanciert werden muss.

Bis dahin muss es den linken Parteien gelingen glaubwürdige neue Argumente zu präsentieren. Die Verleugnung von territorialen Kriegen und der wichtigen Rolle einer Luftwaffe darin, wird auf wenig Zustimmung beim Stimmvolk stossen. 